



Programm

Einleitung

Massive Brände bedrohen den Permafrost. Korallenriffe sterben grosskalig ab. Das Meereis schmilzt in immer rasanterem Tempo. Die Fakten sind eindeutig: Wir steuern in eine menschengemachte Heißzeit mit verheerenden Konsequenzen für uns und die nächsten Generationen.

Die Klimakatastrophe erfordert eine sofortige Änderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise. Doch die bisherige Klimapolitik wird dem nicht gerecht. Sie ist bei Weitem nicht ambitioniert genug, um die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele einzuhalten. Wir erleben eine völlig unzureichende Symbolpolitik, obwohl sich in der Bevölkerung bereits ein allgemeines Bewusstsein für die Problematik der Klimakatastrophe durchgesetzt hat. Dabei bietet Klimaschutz unzählige Chancen für das Entstehen vieler neuer und vor allem nachhaltiger Arbeitsplätze. Ökologische Landwirtschaft schafft gesunde Nahrungsmittel und erhält unsere Artenvielfalt. Nachhaltige Städte fördern Gesundheit und das Wohlbefinden. Die Auszahlung eines Klimabonus an alle Menschen in Deutschland stärkt darüber hinaus die soziale Gerechtigkeit, da Menschen mit einem niedrigen Einkommen überdurchschnittlich profitieren.

Die entscheidenden Weichen werden jetzt gestellt! Wir wollen Niedersachsen Lust auf Transformation, neue Ideen und mehr demokratische Teilhabe machen. Wir bringen zukunftsfähige Ideen in die Parlamente. Dabei bilden wissenschaftliche Erkenntnisse die Basis für unsere politischen Entscheidungen und unser Handeln. Was wir tun müssen, ist seit vielen Jahrzehnten bekannt – jetzt muss es endlich umgesetzt werden.

Das ist uns wichtig

Unser wichtigstes Ziel ist die schnellstmögliche Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen (THG). Spätestens in 10 Jahren muss Deutschland klimaneutral sein. Wir werden alles dafür tun, das Pariser Klimaabkommen sozial gerecht einzuhalten.

Für den erforderlichen 1,5 Grad-Pfad setzen wir für Deutschland ein CO² -Restbudget von maximal 4,2 Gt CO² ab 2020 an. Dieses Restbudget ergibt sich aus den Berechnungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen (abgeleitet vom weltweiten Budget des IPCCs von 580 Gt ab 2018 für eine 50-prozentige Wahrscheinlichkeit, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen). Viele die Klimakatastrophe verschärfende Faktoren, wie verheerende Waldbrände oder das

beschleunigte Tauen der Permafrostböden, sind in dem weltweiten Budget von 580 Gt noch nicht berücksichtigt. Das macht eine beschleunigte Reduktion unseres CO² - Ausstoßes notwendig. Basierend auf der Annahme eines maximalen Gesamt-Budgets von 4,2 Gt CO² ab 2020, stellen wir jährlich verbindliche Reduktionsziele für alle Sektoren auf. Die Reduktion des CO² Ausstoßes wird jedes Jahr überprüft. Das Monitoring wird transparent von einer unabhängigen Institution durchgeführt. Die Ergebnisse werden öffentlichkeitswirksam kommuniziert.

Die Folgen der Klimakatastrophe machen sich schon jetzt deutlich bemerkbar, auch in Deutschland. Parallel zur schnellstmöglichen Dekarbonisierung werden wir daher die Klimafolgenanpassung in allen Sektoren vorantreiben, ohne dabei die Notwendigkeit entschlossener Klimaschutzpolitik in Frage zu stellen.

Wir werden den Wandel gerecht gestalten. Um die externen Kosten der Klimakrise einzupreisen, wollen wir eine Bepreisung des Treibhausgasausstoßes mindestens in Höhe der Umweltfolgekosten einführen. Laut der Berechnung des Umweltbundesamtes liegen diese derzeit bei einer Höhe von 195€ pro Tonne CO² - Äquivalent. Finanziell schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen droht jedoch, von diesen Preissteigerungen überdurchschnittlich betroffen zu sein. Sie sind aber nur für einen unterdurchschnittlichen CO²-Ausstoß verantwortlich. Deshalb soll das eingenommene Geld zu großen Teilen zurück an die Bevölkerung ausgezahlt werden und für Grundsicherung bzw. Sozialleistungen anrechnungsfrei sein. Menschen mit niedrigem Einkommen werden von der direkten finanziellen Auszahlung überdurchschnittlich profitieren.

Naturräume sowie die Heimat von Menschen dürfen nicht weiter durch den Abbau fossiler Energieträger (wie z.B. im Rheinischen Revier oder in der Lausitz) zerstört werden. Klimaschädliche Maßnahmen wie der Bau von nicht zukunftsfähiger Verkehrsinfrastruktur oder fossilen Subventionen müssen umgehend gestoppt werden.

Da Deutschland auch historisch einer der größten Verursacher der Klimakrise ist, stehen wir in der Pflicht, jenen Ländern zu helfen, die am meisten durch die Klimakrise betroffen sind, wie z.B. den Ländern des globalen Südens.

Die Bekämpfung der Klimakrise begrenzt sich allerdings nicht nur auf Umweltprobleme und technische Herausforderungen. Für ihre Lösung benötigen wir ein ganzheitliches Konzept, das auch gesellschaftliche Lösungen mit einbezieht. Wir setzen uns für eine starke und diverse Gesellschaft ein, in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die Klimawende ist eine riesige gesamtgesellschaftliche und sektorübergreifende Herausforderung, die wir jetzt endlich entschieden angehen müssen. Jedes Zehntel Grad zählt!

Konkrete Maßnahmen

Für uns in Niedersachsen sind nachstehend in alphabetischer Reihenfolge aufgeführte notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise umsetzbar:

- **Abfallbeseitigung/ Abfallwirtschaft**

Wir fordern die Wiederverwertung von Reststoffen anstelle einer Lagerung auf immer neuen Mülldeponien (Gefahr der Versickerung giftiger Stoffe ins Erdreich und ins Grundwasser!) oder gar einer Müllverbrennung (bei der Verbrennung entstehen giftige Gase (die Zusammensetzung ist Dank der verschiedensten Kunststoffe nicht mehr genau zu definieren). Sie werden an die Luft in unserer Umgebung abgegeben und von uns eingeatmet (Krebsfördernd)

Wir fordern deshalb den Aufbau einer gut funktionierenden Recycling-Wirtschaft (gute Beispiele gibt es bereits in verschiedenen europäischen Nachbarländern). Zu viele wertvolle Rohstoffe werden bisher vernichtet, weil die Gewinnung seltener Erden im Ausland billiger ist - mit allen negativen Folgen für die dortige Bevölkerung!

Darüber hinaus fordern wir ein Verbot von Müllexporten ins Ausland! Es darf nicht sein, dass dann dort die Böden verseucht werden und den dort lebenden Menschen ein gesundes Leben verwehrt bleibt!

- **Agrarwirtschaft**

Wir fordern ein Ende der Förderung von Massentierhaltungen, damit auch ein Ende der Tierexporte über die eigenen Grenzen hinaus! Diese Art der Landwirtschaft trägt zur CO² - Belastung der Umgebungsluft und damit zur Erwärmung des Klimas bei. Stattdessen: **Förderung kleinerer Agrarstrukturen** (Biobetriebe, Betriebe in der Umstellung) Wir wünschen uns eine gesunde Landwirtschaft, die dort Förderungen erhält, wo sie auch tatsächlich zum Erhalt einer gesunden Umwelt beiträgt.

Die bisherige Förderung der Agrarindustrie ist kontraproduktiv: Das vermeintliche „goldene Huhn“, die Biogasanlagen als gute Einnahmequelle von Landwirten, hat nichts mit einer „Bioproduktion“ zu tun: Felder „vermaisern“, Gülleexporte über die Kreisgrenzen hinaus werden begünstigt. Der so genannte Dünger, der dann auf die Maisfelder gebracht wird, wird nicht auf Schadstoffe wie z. B. auf verschiedene Antibiotika oder Hormone hin untersucht. Somit gelangen diese „Nebenprodukte“ im Grundwasser und gefährden unsere Trinkwasserversorgung in der Zukunft! Die vielen Treckertransporte tragen durch ihren Dieseltreibstoff und durch die Häufigkeit der Fahrten wirklich nicht zur Reduzierung des CO²-Gehaltes der Luft bei!!! Das Verarbeiten von Gülle für die Großanlagen muss ab Ende 2022 untersagt werden, um den Schadstoffeintrag zu verhindern.

Ebenfalls verboten werden müssen Beigaben in Form von Hackschnitzeln, die extra für die Verwendung in Biogasanlagen hergestellt werden.

Landwirte können stattdessen zu einem Umbau in Richtung professioneller Landschaftspflege beitragen. Dazu gehört auch die Wiedervernässung von trockenen Mooren. Es darf keine weitere Umwandlung von Grünlandflächen in Maisanbauäcker erfolgen.

Gefördert werden sollte stattdessen der Bau kleinerer Biogasanlagen auf den Höfen, die dann lediglich mit den pflanzlichen Resten, die auf dem Hof anfallen, oder auch mit kleineren Güllemengen bestückt werden (das war einmal die ursprüngliche Idee zum Bau von Biogasanlagen!). **Kommunal betriebene**

Biogasanlagen in Bürgerhand können ebenfalls eine Alternative sein, wenn dort auf die Verarbeitung von Gülle verzichtet wird und stattdessen alle anfallenden Grünabfälle des Ortes dort verarbeitet werden und das entstehende Gas gemeinschaftlich genutzt werden kann.

- **Bauwirtschaft/ Stadt- und Regionalplanung**

1. **Wohnungsbau**

In den Städten herrscht eine große, ansteigende Wohnungsnot für Menschen mit geringem bis mittleres Einkommen und ein Überangebot an Wohnungen für Wohlhabende. Die geplanten 100.000 neue Wohnungen pro Jahr lösen aber nicht das Problem! Es werden arme Menschen aus den alten Wohnquartieren vertrieben, um in Neubaugebiete zu ziehen, in denen sie die Nachbarn nicht mehr kennen. Mit diesen geplanten 100.000 Wohnungen werden zudem neue Flächen versiegelt, die zuvor Grünland-, Acker- oder sogar Waldflächen waren. Der Reduzierung des CO²-Anteils der Umgebungsluft und damit der fortschreitenden Klimaerwärmung wird damit nun wirklich nicht entgegen gewirkt! Darüber hinaus erhöhen sich durch die Verknappung an Wohnraum die Grundstückspreise und trotz neuer Wohnungen steigen die Mieten weiter. Darüber hinaus werden neue Flächen im Umland für den neuen Wohnungsbau aufgekauft und versiegelt. Die Landschaft wird zersiedelt! Die Verknappung der Rohstoffe für Neubauten wird nicht in Betracht gezogen (vor Allem: Sandknappheit!). **Wir fordern daher: Förderung von Altbausanierungen (inkl. Energetische Sanierung mit baubiologisch einwandfreien Baustoffen !); Verbot des Verkaufs innerstädtischer Grundstücke und Gebäude an ausländische Investoren, denen es nicht um das Wohl den Mietern geht, sondern allein um die Steigerung der Renditen; Schließen von bereits vorhandenen Baulücken; eine Mietpreisbindung und festgelegte Preise für die innerörtlichen Flächen und Gebäude sind überfällig! Die Städte und Gemeinden müssen ihr Vorkaufsrecht nutzen! Weitere Flächenversiegelungen sind möglichst zu vermeiden!**

2. **Gewerbebauten**

Auch hier gilt es, steigende Flächenversiegelungen durch meistens eingeschossige Gewerbebauten mit einfachen Flachdächern zukünftig zu verhindern. Platzsparende, mehrgeschossige Neubauten sind auch im Gewerbebau machbar. Zudem sollte gesetzlich festgeschrieben werden, dass Flachdächer als Gründächer konzipiert werden, um die Wirkung versiegelter Flächen ansatzweise aufzuheben. Diese Maßnahme ist zusätzlich zu den bereits geforderten Ausgleichsflächen für Naturschutzmaßnahmen zu erbringen. Auch hier gilt: **Die Städte und Gemeinden müssen das Vorkaufsrecht bei Grundstücksflächen aber auch bei bebauten Grundstücken nutzen.**

3. **Stadt- und Regionalplanung**

Hier ist festzustellen, dass die in den Regionalplanungen vorgeschriebenen Vorgaben oft nicht eingehalten werden – insbesondere die immer weiter um sich greifende Ausweisung von Baugebieten in

Dörfern, die lediglich den Eigenbedarf decken sollten, aber längst zur Vergrößerung der Ortschaften führen, weil Bauland an Bauherren von außerhalb der Gemeinde verkauft wird. Eine Kontrolle wird hier nur sehr lasch durchgeführt. Hier gilt es rechtliche Möglichkeiten zu finden, die dieses Umgehen der Vorschriften verhindern!

- **Bildung**

Förderung von ganztägig geführten integrierten Gesamtschulen mit eigener Oberstufe hin zur Standardschule. Nur hier ist die Möglichkeit gegeben, auch Kindern aus einkommensschwachen Familien ein gutes und aufbauendes Bildungsangebot zu bieten. Darüber hinaus sind Kinder von berufstätigen Eltern oder Elternteilen nicht mehr gezwungen, nach der Halbtagschule in Kindertagesstätten zu wechseln, weil ansonsten die Betreuung zuhause nicht gewährleistet ist. Ganztagschulen stellen eine fachlich versierte Hausaufgabenbetreuung durch Fachpersonal sicher. Die Kinder werden ihren Fähigkeiten entsprechend begleitet und gefördert. Durch die Aufhebung der anderen Schulformen werden die Kapazitäten des Lehrpersonals gebündelt ebenso wie die Gebäudenutzung der ehemaligen längst überholten Schulformen (Grundschule, Sonderschule, Realschule, Gymnasium – gibt es nur in der Bundesrepublik!). Gefördert werden sollen nicht nur die herkömmlichen geistigen Fähigkeiten, sondern auch die handwerkliche Geschicklichkeit sowie die musischen (Musik, Kunst) und sportlichen Anlagen.

Es entfällt die Trennung der Kinder nach der 4. Klasse, da das Schulgelände weiterhin gemeinsam genutzt wird und gemeinsame Kurse besucht werden können (je nach Begabung).

Wir fordern Schulmittelfreiheit für alle Schüler – insbesondere bei den Schulbüchern und elektronischen Medien (dieselben Lehrmittel für alle!!!)

- **Bürgerrechte**

Förderung des Ausbaus von Bürger-Mitspracherechten! Die Kommunen sollen die Bildung von Kinderparlamenten, Elternparlamenten, Rentnerparlamenten usw. anregen und fördern (Veröffentlichungen auf der Homepage der Gemeinden, Anbieten von Räumlichkeiten usw.). Die Nebenparlamente sollen die Möglichkeit erhalten, die erarbeiteten Wünsche und Anregungen in den Kommunalparlamenten vorzutragen – ggf. Ausbau der Bürgerfragestunde (im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz enthalten) hin zur Bürgerbeteiligungsstunde (rechtlich noch nicht abgesichert!)

- **Energiegewinnung/ Energiewende**

Beendigung der Nutzung fossiler Brennstoffe zur Energieerzeugung vorrangig für die energieaufwendige Industrie. Diese ist in erster Linie für den hohen CO² – Ausstoß verantwortlich und trägt zur Klimaerwärmung bei. Hier sind alternative förderfähige Konzepte gefragt (z. B. Stahlindustrie: hohe Abwärme wird über Fernwärmeleitungen zur Beheizung von Wohngebäuden genutzt). Die Umrüstung bei Privathaushalten auf alternative Energien läuft bereits. Was fehlt, sind ergänzende Speichermöglichkeiten für Solar- und Windkraftanlagen. Die Forschung für kleinere leistungsfähige Speichereinheiten für den Privathaushalt ist aber auf einem guten Weg (förderfähig!). Auch die Nutzung von Wasserkraft

zur Stromerzeugung sollte gefördert werden überall, wo dies möglich ist. Beispiele gibt es bereits – zum Teil seit Jahrzehnten.

Die Zukunft gehört dem so genannten grünen Wasserstoff. Gute Beispiele zur Nutzung dieser Energie gibt es bereits: Ab 2022 werden in **Bremervörde** insgesamt 14 emissionsfreie **Züge** mit von Alstom gelieferte **wasserstoffbetriebene Regionalzüge** täglich verkehren auf Strecken, die zuvor mit Dieselloks befahren wurden! Auch Busflotten werden bereits umgerüstet.

Weitere Ausweisungen für Windpark- und Solaranlagenflächen in den Flächennutzungsplänen. Förderung beider Techniken im Hinblick auf einen sparsameren Umgang mit natürlichen Ressourcen.

So genannte Bürgerwindparks oder Bürgersolaranlagen sollen bei Genehmigungsverfahren zeitlich bevorzugt werden, da hier das Gemeinwohl und nicht der Profit im Vordergrund stehen. Ähnliches soll für kommunale Anlagen gelten.

Die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie muss möglichst dezentral erfolgen, um so die Wegstrecken der Stromleitungen klein zu halten. Überlandleitungen lehnen wir ab (stark anfällig bei Sturm, Schneefall und mögliche Störungen für den menschlichen und tierischen Organismus). Die Energieerzeugung muss in **allen Bundesländern** entsprechend ihrer Stromverbräuche erfolgen!

Grundsätzlich gilt: Eine Wiedergeburt von Atomkraftwerken wird strikt abgelehnt. Anstelle der CO²-Problematik finden wir hier nach wie vor keine Lösung für die Lagerung/ Beseitigung des strahlenden Atommülls (definitiv krebserregend!). Die strahlenden Abfälle verseuchen unsere Umwelt über Jahrtausende!

Die CO² – Steuer ist nicht zielführend, denn eingespart wird Energie nicht! Die Unternehmen, die viel Energie verbrauchen, werden durch den Kauf von s. g. CO² – Zertifikaten wieder steuerlich entlastet. Sie können, wie bisher auf diesem Wege Energie, die alle benötigen, verschwenden! Die Einführung der CO²-Steuer entlastet nur die Großunternehmen und belastet den einfachen Bürger. Dieser bezahlt überall auch indirekt eine „Zeche“, die unwirksam ist (gestiegene Energiepreise und dadurch gestiegene Lebensmittel- und sonstige Preise...) **Wir fordern eine Abschaffung dieser Steuer,**

- **Gesetzgebungen – Durchsetzungsfähigkeit bei der Umsetzung**

Kontrollaufgaben beispielsweise der Gesundheitsämter können oftmals nicht wahrgenommen werden, da das notwendige Personal fehlt. So entstehen unhaltbare Zustände auf Höfen und Schlachthöfen, sodass das Tier- aber auch Menschenwohl (Billiglohnarbeiter oft aus Osteuropa) nicht beachtet wird. Wir fordern einen verstärkten zusätzlichen Personaleinsatz in öffentlicher Hand (keine Privatunternehmen!), damit die vorhandenen Gesetze auch umgesetzt werden können.

Kontrollaufgaben in Heimen jeglicher Couleur finden viel zu wenig und oft nur mit Voranmeldung statt. Mangelnde Betreuung und Pflege wird oft nicht bemerkt. Auch hier gilt: Der Personalmangel muss behoben werden!

„Alle Menschen sind gleich“ – dieser Grundsatz wird leider bei Verbrechen gegen s. g. Queere Menschen nicht beachtet. So werden Überfälle auf diese Menschen von der Polizei oft noch nicht einmal als Verbrechen geahndet, geschweige denn in der Statistik erfasst!!! Menschen mit Migrationshintergrund – insbesondere Dunkelhäutige- stehen schon vorab unter Verdacht und werden entsprechend von der Polizei behandelt bis hin zu einer ungerechtfertigten Verhaftung. Einige Farbige sind in Gefängnissen unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen. (angebliche Selbstmorde). Gegen Frauen durchgeführte Tötlichkeiten bis hin zum Mord durch Angehörige aber auch Außenstehende (auch in Kombination mit einem Migrationshintergrund und dunkelhäutig) werden nur allzu häufig nicht beachtet! Um die Schwere der oft brutalen Behandlung durch Mitmenschen, aber auch durch Polizisten darlegen zu können, fordern wir nachweisbare statistische Aufzeichnungen nach Gruppen getrennt!

In diesem Zusammenhang ist auch die Besetzung von Gleichstellungsbeauftragten zu sehen. Alle benachteiligten Bevölkerungsgruppen benötigen die Unterstützung einer/ eines solchen Beauftragten! Das kann somit auch heißen, dass diese Stelle von einem Queeren Mann besetzt wird. Die notwendigen Qualifikationen für diese Personen müssen noch definiert werden!

Auch die Strukturen innerhalb der Polizei und der Justiz müssen dahin gehend reformiert werden, dass dort fremd erscheinende Menschen nicht sofort als verdächtig eingestuft und entsprechend behandelt werden. Entsprechende Fortbildungen müssen verpflichtend sein. Reviere, die mit fremden-, frauen- und Queeren-feindlichen Auftritten auffallen, sind personell umzustrukturieren noch bevor denkbare Gerichtsverfahren anstehen.

Prinzipiell gilt: Wir benötigen die bürgerfreundliche Polizei. Das verloren gegangene Vertrauen muss wieder aufgebaut werden. Kampftruppen gehören nicht zu alltäglichen Einsätzen: Hier ist oft Deeskalation zielführender.

- **Gesundheit/ Soziales**

Wir fordern die Umgestaltung des Krankenkassenwesens! In europäischen Nachbarländern ist dieses 2-Klassen-System unterteilt in private und gesetzliche Krankenkassen nicht vorhanden. Ihr Vorbild: **Gesetzliche Krankenkassen für alle verpflichtend, muss auch hier umgesetzt werden, wenn das Kassensystem nicht kollabieren soll!** Zusatzversicherungen sind hiervon nicht betroffen. Nur eine Mitgliedschaft aller Bürger in gesetzlichen Krankenkassen verhindert, dass Menschen sich keine Krankenkassenabsicherung leisten können (z. B.: ehemals Selbständige, die nach Aufgabe des Geschäftes keine Beiträge mehr bezahlen können!).

Wir fordern Praxiszusammenschließungen (MVZ) vor Allem dort, wo die medizinische Versorgung zurück gefahren wurde.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Niedersachsen sich im Bundesrat für die Einführung eines Grundeinkommens einsetzt, damit der Lebensunterhalt von armen Rentnern, von Harz IV-Empfängern (muss abgeschafft werden!!!) und ähnlich Betroffenen absichert ist! Hungern und Betteln gehen müssen, sind die schlimmsten Auswüchse unserer Gesellschaft!!! Die s. g. Tafeln helfen hier auch nicht weiter: Sie zeigen nur öffentlich auf, wer arm ist und sich hier, wie ein Bettler die Lebensmittel abholen muss!

Der Lebensmittelverschwendung muss Einhalt geboten werden! Der Straftatbestand des „Containerns“ muss abgeschafft werden. Ggf. muss sich das Land Niedersachsen im Bundesrat dafür einsetzen!!!

Das Recht auf Wohnen muss wieder durchgesetzt werden (Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen (kurz: Recht auf Wohnen) ist sowohl in Artikel 25 (1) der AEMR als auch in Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist. Laut UN gehören zum Recht auf Wohnen:

- „Sicherheit des Besitzes, z.B. durch Urkunden. Aber auch wenn Menschen keine Papiere über ihre Wohnung besitzen, dürfen sie nicht einfach vertrieben werden und müssen immer Rechtssicherheit/Zugang zu Gerichten haben.
- Zugang zu sauberem Trinkwasser, Energieversorgung, medizinische Versorgung, sanitäre Anlagen u.a.
- Bezahlbarkeit der Unterkunft
- Bewohnbarkeit: Schutz vor Kälte, Hitze, Feuchtigkeit, Wind und Regen
- Erreichbarkeit: Schulen, Arbeit u.a. müssen in Reichweite der Wohnung liegen!“

Förderung von Netzwerken für Bürger und von Bürgern!

- **Gewässerschutz**

Angesichts der Tatsache, dass die Pole schmelzen, wird sich zukünftig die Hochwasserlage in Deutschland weiter verschärfen. Es muss verstärkt darauf geachtet werden, dass Überflutungsflächen entlang von Flüssen aber auch an Meeresufern nicht weiter bebaut werden – ggf. Baugenehmigungen zurück gezogen werden. Werden bebaute Uferzonen durch Hochwasser so geschädigt, dass Gebäude zusammenfallen und/ oder unbewohnbar werden, ist es erforderlich, diese Flächen zukünftig freizulassen und für die Flutopfer neue Wohnbauflächen außerhalb dieser Zonen auszuweisen und zur Verfügung zu stellen. Die Begradigung von Flussläufen muss beendet werden, um zu verhindern, dass immer schneller fließendes Wasser bis weit ins Binnenland geführt wird.

Das Ausbaggern von Flüssen darf nicht weiter ausgeführt werden: Nicht nur, dass auch hier die Fließgeschwindigkeit erhöht wird mit allen negativen Folgen: Durch die

Verschlammung der Flüsse verschwinden beispielsweise wichtige Fischbestände, da unter anderem der Sauerstoffgehalt der Flüsse sinkt.

Die Nitratreintragen in die Flüsse durch massenhafte Überdüngung der Felder führen zu verstärkter Algenbildung mit der Folge, dass die Flüsse sterben! Wir fordern eine verstärkte Kontrolle beim Gülleauftrag, Verbot von Gülleaufbringung im Uferbereich und auf Überschwemmungsflächen, Verbot von Massentierhaltung, Reduzierung des Maisanbaus.

- **Handelsbeziehungen**

Das Land Niedersachsen wird verpflichtet im Bundesrat die Zustimmung zu Handelsabkommen wie CETA und Co zu verweigern. Verbraucherschutzgesetze müssen eingehalten werden und dürfen durch internationale Handelsabkommen nicht unterlaufen werden! Darüber hinaus ist dafür zu sorgen, dass den Verbrauchern erschwingliche, gute und haltbare Lebensmittel angeboten werden. Tiertransporte quer durch Europa (gefördert durch die EU!!!) müssen verboten werden! Die Tiere werden unsagbar gequält und das Fleisch ist kaum noch genießbar!

- **Klimaschutz**

Das Niedersächsische Klimaschutzgesetz muss überarbeitet werden. Kommunen werden verpflichtet, eine CO² Klimabilanz vorzulegen. Dies ist unter anderem die Aufgabe eines Klimaschutzmanagers/ einer Klimaschutzmanagerin, die in Städten, Gemeinden und Landkreisen bis 2024 gesetzlich geregelt eingestellt werden müssen. Die Bilanzen müssen sinngemäß den IPCC Guidelines für National Greenhouse Inventories“ auch für Niedersachsen, Landkreise, Städte und Gemeinden entsprechen. **Angestrebtes Ziel: Klimaneutrale Kommunen und Landkreise bis 2030 (vgl. Rhein-Neckarkreis)**

- **Naturschutz**

Wir fordern die **Rückdrängung invasiver Arten** und ein **Verbot der Einfuhr nichtheimischer Tier- und Pflanzenarten**. Da hier bereits eine Trennung in heimische und nichtheimische Art schwerfällt, müssen verbindliche Auflistungen erfolgen. Durch die allgemeine Erwärmung befinden sich hier bereits Tiere (vor Allem Insekten!) und Pflanzen, die keine natürlichen Feinde mehr haben – auch keine Frostperiode.

Um die Wirksamkeit von Schutzgebieten zu steigern, müssen diese vernetzt werden! In diesem Zusammenhang steht auch die Wiedervernässung von Mooren. Ein sofortiger **Schutz der Moore** ist unerlässlich, da diese CO² aufnehmen. Das Gleiche gilt für alte Bäume, die leider aus Unvernunft in letzter Zeit mehr denn je gefällt werden.

Viele alte Alleen sind angeblich für die Sicherheit der Autofahrer gefällt worden. Hier ist ein Wiederaufforsten vonnöten!

Niedersachsen braucht dringend eine Baumschutzsatzung, die über die Kreise, Städte und Kommunen in immer konkreten gefassten Satzungen immer konkreter werdend umgesetzt werden kann. Darüber hinaus benötigen wir einen verbindlichen Gewässerschutz, der u. a. vorsieht, die Gefahr von Nitratbelastungen durch angrenzende mit Gülle „gedüngte Felder zu bannen (Verbot von Gölledüngung in Überschwemmungsgebieten und angrenzenden Uferflächen usw.).

- **Subventionen**

Diese sollen nur noch für die Entwicklungsförderung biologisch sinnvoller Projekte gegeben werden. – Stichwort: Nachhaltigkeit!!! Die Entscheidungsfindung sollte von Arbeitsgruppen gefällt werden, die mit fachkundigen Wissenschaftlern und Ingenieuren bestückt sind.

- **Verkehr**

1. **PKW- und LKW-Verkehr/ ÖPNV**

Hier ist ein grundsätzliches Umdenken aller erforderlich, denn der PKW- und LKW-Verkehr trägt zur Steigerung der CO²-Belastung in der Luft bei!

Wir fordern den baldigen Ausbau eines für alle Bürger bezahlbaren ÖPNV in Städten und vor Allem im ländlichen Raum (pro Fahrt 1€ für alle ab 2023). Die Entwicklung intelligenter Lösungen ist erforderlich (z. B. Dolmus – System aus der Türkei – Sammelbusse, Anruf-Sammeltaxi usw.) Reduzierungen bei der Pendlerpauschale (nur noch auszahlen bei Menschen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Werksbussen den Arbeitsplatz nicht erreichen können!). Diese Gelder können für den sinnvollen Ausbau des ÖPNV genutzt werden. Große, schwere PKW mit einem hohen Treibstoffverbrauch müssen stärker besteuert werden, denn sie sind eine Belastung für unser Klima. Die so entstandenen Steuereinnahmen können ebenfalls sinnvoll für den ÖPNV eingesetzt werden. Das Gleiche gilt für Subventionen, die an Autohersteller gezahlt werden. Die Förderung von Elektroautos war kontraproduktiv: Der Strom für diese Autos wird oftmals konventionell hergestellt, da der Ökostrom nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht und die Alautos oftmals verfrüht zum Schrottplatz gefahren werden – Verschwendung wertvoller Ressourcen! Sinnvoller wäre die Entwicklung von Wasserstoffautos, LKW, Bussen und Bahnen, wie es sie bereits im Probelauf gibt (Grüner Wasserstoff ist erforderlich, um hier nicht auch zur CO²-Steigerung beizutragen)

Eine deutliche Reduzierung des CO²-Ausstoßes ist bereits jetzt durch Herabsetzung von Höchstgeschwindigkeiten auf unseren Straßen zu erreichen. Wir fordern Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen (Ausnahmen Bundes-, Land- und Kreisstraßen – hier fordern wir Tempo 50), Tempo 70 auf Landstraßen und Tempo 120 auf Bundesautobahnen. Darüber hinaus sinkt nachweislich die Unfallgefahr mit den oft negativen Folgen für die menschliche Gesundheit – bis hin zum Tod.

2. **Ausbau von Rad- und Fußwegen**

Viele vorhandene Fahrradwege sind in einem schlechten Zustand und oftmals gerade bei zusätzlichem „Pedelec“-Verkehr oder bei Nutzung durch Lastenfahrräder und Kinderanhängern viel zu schmal! Gibt es der öffentliche Raum innerhalb von Ortschaften nicht her, die Wege zu verbreitern, schlagen wir so genannte Fahrradstraßen vor, die zwar auch von PKW oder LKW befahren werden dürfen, aber nur im Schritttempo und unter Beachtung des Vorfahrtrechtes für Fahrräder. Die s. g. Fahrradschutzstreifen ist nicht geeignet, die Sicherheit der Fahrradfahrer zu erhöhen, denn sie stellen für Fahrradfahrer

eher eine Gefahr dar (oftmals liegen zwischen Fußweg und dem Fahrradschutzstreifen noch PKW-Stellplätze, von wo aus es für Autofahrer schwer ist, genügend Einsicht auf den Fahrradverkehr zu bekommen) Gerade an Land- und Kreisstraßen fehlen die Fahrradwege oft vollständig, ebenso wie Fußwege! Hier schlagen wir schon aus Sicherheitsgründen einen Ausbau vor wie in den Niederlanden: Fahrradwege auf eigenen Trassen!

Erweitert werden soll auch die Möglichkeit, Fahrräder in Bussen und Bahnen zu transportieren, damit auch längere Strecken für Fahrradfahrer zu bewältigen sind. Vor Allem in dem Zusammenhang soll der Bau von Fahrradabstellhäusern gefördert werden, um Diebstählen vorzubeugen.

Die Sicherheit von Fußgängern auf Gehwegen ist zu überprüfen! Auch hier sind oftmals viele Wege zu schmal – vor Allem ist die Begegnung zweier Kinderwagen oft nur sehr schwer möglich, wenn nicht sogar unmöglich. Hier müssen gerade innerstädtisch oder innerhalb von Kommunen Möglichkeiten von Fachleuten erarbeitet werden, die ein ungefährliches Nebeneinander von den Verkehrsteilnehmern möglich macht.

- **Wasser-/Abwasserwirtschaft**

Auch hier gilt: Nachhaltige Pflege der Seen, Flüsse und des Meeres. Zurückführen gerader Flussläufe in ursprünglichen mäandernden Flussläufen. Bei der Pflege der Uferbereiche keine Beseitigung der Unterkünfte für Fische, Fischotter, Insekten, Lurche, Vögel usw... Die direkte Einleitung von Schmutzwasser in Flüsse und Gräben ist verboten, muss aber durch Überprüfen immer wieder kontrolliert werden. Gülleeintrag auf flussnahe Wiesen und Äcker muss grundsätzlich verboten werden (nicht wie jetzt, Einhaltung von 5m bis zum Flussufer). Gleiches gilt für das Aufbringen von Pestiziden! Kläranlagen, die in Flüsse entwässern, sind nur dann erlaubt, wenn auch eine Nitratfällung vorgeschaltet ist.

Regenwasserentwässerung auf dem Lande nur über Kanäle, die das Wasser zu Rückhaltebecken führen. Wo möglich, ist dies auch für Städte vorzusehen. Ansonsten ist die Versickerung von Regenwasser größtmöglich zuzulassen.

Die vorhandenen Trinkwasserspeicher sind weiter zu pflegen (z. B. die Rotenburger Rinne, Speicher unter der Lüneburger Heide usw.)

- **Wirtschaft**

Förderung klimaneutraler Firmen, die auch der heimischen Wirtschaft dienen (wohnnortnahe Arbeitsplätze, Reduzierung der Verkehre...). Keine Förderung von Großbetrieben, die ihre Firmensitze ins Ausland verlegt haben oder dort immer schon hatten. Diese Firmen zahlen hier keine Steuern und haben somit kein Anrecht auf Unterstützung mit Steuergeldern der zahlenden Bürger!!!

Wir brauchen eine schnelle Wende hin zu einer klimapositiven Wirtschaft, die sich danach ausrichtet, dass die Ressourcen nicht unendlich sind. Sie muss weltweit zudem soziale Standards einhalten. Auch die vollständigen Lieferketten müssen diese Standards erfüllen! Statt einer Wegwerfgesellschaft brauchen wir eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft (vgl. Punkt Abfallwirtschaft)!!!

Auf eine Änderung der Ausschreibungsmodalitäten ist hinzuwirken: Das qualitativ bessere Angebot ist dem billigsten vorzuziehen (Haltbarkeit von Produkten, keine Erzeugung zusätzlichen Mülls!!!)

Abschließend sei gesagt:

Alle Kriege auf dieser Welt erhöhen den CO² - Ausstoß erheblich. Dieser ist kaum durch Einsparungen auf Bürgerebene wieder auszugleichen!!!